



THESENPAPIER
ZUR ENTWICKLUNGS-
ZUSAMMENARBEIT
MIT AFRIKA

MITARBEITERKONFERENZ
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
FÜR AFRIKA UND NAHER OSTEN
VOM 4. – 9. MÄRZ 2007
KAPSTADT/SÜDAFRIKA

**PARTNERSCHAFT UND
EIGENVERANTWORTUNG**

3 | VORWORT

4 | ZUSAMMENFASSUNG

5 | AUSGANGSLAGE

6 | PROBLEMSKIZZE UND ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN

- *Armut*
- *Gute Regierungsführung*
- *Handel und Wirtschaft*
- *HIV/Aids*
- *Konflikte und Migration*
- *Korruption*
- *Klimaveränderungen und Desertifikation*

10 | SCHLUSSFOLGERUNGEN UND FORDERUNGEN AN DIE (ENTWICKLUNGS-) POLITIK

- *Gemeinsame Werte zur Grundlage einer Interessenpartnerschaft machen*
- *Afrikanische Eigenverantwortung einfordern und Reforminitiativen stärken*
- *Rechtsstaatlichkeit und Good Governance zum Ausgangspunkt machen*
- *Friedenssichernde Maßnahmen unterstützen und Sicherheit schaffen*
- *Marktwirtschaft verwirklichen und Handel intensivieren*
- *Lebens- und Überlebenschancen verbessern: Bildung und Gesundheit*
- *Zukunft sichern: Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz*
- *Entwicklungsinitiativen harmonisieren und Politik kohärenter gestalten*
- *Sektorale, regionale und organisatorische Konzentration vorantreiben*
- *Den Mitteleinsatz effektiver gestalten*

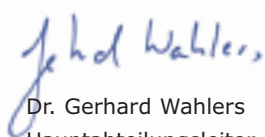
VORWORT

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika erfährt derzeit eine erhöhte politische Aufmerksamkeit auf nationaler wie internationaler Ebene. Dies hängt nicht nur damit zusammen, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sowie der G8-Gipfel 2007 unseren Nachbarkontinent Afrika zu einem ressortübergreifenden Schwerpunktthema machen. Auch die auf dem G8-Gipfel 2005 in Gleneagles beschlossene Verdoppelung der offiziellen Entwicklungsgelder für Afrika spielt dabei eine Rolle. Internationale Aufmerksamkeit erzeugt auch das zunehmende Engagement von China und Indien in Afrika. Die EU hat 2005 in einem lang andauernden Prozess eine entwicklungspolitische Afrikastrategie entwickelt und erarbeitet derzeit – diesmal gemeinsam mit ihrer Zielgruppe – eine EU-AU Afrikastrategie. Diese soll im Rahmen der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft ab Mitte 2007 auf dem EU-Afrika-Gipfel in Lissabon vorgelegt werden. Ebenso haben die Millenniumserklärung und die Proklamation der Millenniums-entwicklungsziele im Jahr 2000 das Augenmerk auf Afrika gelenkt. Prioritäres Ziel ist hier, die Armut bis 2015 zu halbieren. Auch der 11. September 2001 macht Afrika zu einem strategisch bedeutsamen Kontinent, da Afrikas fragile Staaten Rückzugsräume für islamische Terroristen bieten. Der entwicklungspolitische Fokus der Vereinten Nationen, der OECD, der EU und der wichtigsten acht Industrieländer liegt derzeit auf Afrika. Dies stellt eine besondere Chance für Afrika dar, ist aber auch den besonderen Herausforderungen geschuldet, vor denen der Kontinent steht.

Afrika ist kein monolithischer Block von 53 Ländern, von denen 48 südlich der Sahara liegen. Die Ausgangsbedingungen der Länder sind so heterogen, die Herausforderungen so unterschiedlich und spezifisch, dass es nicht möglich ist, einen einheitlichen und für alle Länder gültigen Referenzrahmen zu definieren. Das vorliegende Thesenpapier skizziert die zentralen entwicklungs- und sicherheitspolitischen Herausforderungen Afrikas. Anschließend werden einige allgemeingültige Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen an die (Entwicklungs-) Politik kurz dargestellt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit mehr als 40 Jahren in mehr als 20 Ländern Afrikas südlich der Sahara vertreten und verfügt über langjährige und vertrauensvolle Partnerbeziehungen. Anlässlich der Mitarbeiterkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung für Afrika und Naher Osten vom 4. – 9. März 2007 in Kapstadt wurde das vorliegende Thesenpapier verabschiedet. Es soll insbesondere die Diskussion über das Verständnis von Partnerschaft und die Eigenverantwortung unserer Partner in Afrika anregen.

Mein besonderer Dank gilt unserem Landesbeauftragten für Namibia, Dr. Dr. Anton Bösl, für den Entwurf des Thesenpapiers.



Dr. Gerhard Wahlers
Hauptabteilungsleiter
Internationale Zusammenarbeit



PARTNERSCHAFT UND EIGENVERANTWORTUNG

ZUSAMMENFASSUNG

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001, der Neupositionierung Russlands und dem Aufstieg Chinas und Indiens entwickelt sich eine neue multipolare Weltordnung, in der Afrika bisher eine untergeordnete Rolle spielt. Nicht selten wird Afrika auf seine Rolle als Rohstofflieferant oder im Kontext der Millenniumsentwicklungsziele als Hilfsempfänger reduziert. Dieses Bild von Afrika als marginalisiertem und abgekoppeltem Katastrophenkontinent, an dem die Dynamik der Globalisierungsprozesse vorbeigeht und der geopolitisch kaum relevant ist, muss korrigiert werden.

Jenseits humanitärer und moralischer Verpflichtungen benachteiligter Bevölkerungen gegenüber, liegt es im vitalen Eigeninteresse der Staatengemeinschaft, Afrika auf seinem Entwicklungspfad zu unterstützen. Die Dynamik der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Globalisierung verbieten die Marginalisierung von 48 bzw. 53 Staaten Afrikas und seiner mehr als 700 Millionen Einwohner. Globale Bedrohungen und Herausforderungen wie Terrorismus, Klimaveränderungen und Pandemien können nur global und gemeinsam mit afrikanischen Partnern überwunden werden.

Die Entwicklungspolitik als eigenständiges Politikfeld hat seit über vier Dekaden einen Beitrag zu einer konstruktiven Partnerschaft mit Afrika geleistet. Diese Kooperation ist eine solide Voraussetzung für die weitere Zusammenarbeit, jedoch müssen innovative und neue Ideen und Konzepte entwickelt werden, die über die bisherigen Strategien und entwicklungspolitischen Ansätze hinausgehen. Die Entwicklungspolitik sollte sich an folgenden Postulaten orientieren.

- Gemeinsame Werte zur Grundlage einer Interessenpartnerschaft machen
- Afrikanische Eigenverantwortung einfordern und Reforminitiativen stärken
- Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung zum Ausgangspunkt machen
- Friedenssichernde Maßnahmen unterstützen und Sicherheit schaffen
- Marktwirtschaft verwirklichen und Handel intensivieren
- Lebens- und Überlebenschancen verbessern: Bildung und Gesundheit
- Zukunft sichern: Umwelt, Klima- und Ressourcenschutz
- Entwicklungsinitiativen harmonisieren und Politik kohärenter gestalten
- Sektorale, regionale und organisatorische Konzentration vorantreiben
- Den Mitteleinsatz effektiver gestalten

DIE AUSGANGSLAGE

Afrika wird nicht selten als Kontinent der sieben K's beschrieben: Konflikte, Korruption, Kriminalität, Kapitalflucht, Krankheiten, Natur- und Hungerkatastrophen. Doch es sind auch positive Entwicklungen in Afrika zu verzeichnen, gerade in den letzten Dekaden. So haben vor allem in den letzten zehn Jahren fast alle afrikanischen Länder demokratische Reformen unternommen und Mehrparteienwahlen durchgeführt. Die Mehrzahl der Länder entwickelt derzeit nationale Armutsbekämpfungsstrategien. Regionale Integrationsbemühungen sind deutlich erkennbar wie in der Neugründung der Afrikanischen Union und der Gründung des Panafrikanischen Parlaments im Jahr 2002, in der Weiterentwicklung von Regionalorganen wie z. B. SADC, SACU und ECOWAS. Der 2004 gegründete Friedens- und Sicherheitsrat der AU will im Rahmen seiner neuen Sicherheitsarchitektur bis 2010 in der Lage sein, konfliktpräventive und friedenserhaltende Maßnahmen durchzuführen. Der gegenwärtige Aufbau einer afrikanischen Einsatztruppe soll diesem Ziel dienen.

Diese positiven Entwicklungen dürfen den Blick auf die Probleme Afrikas nicht verstellen. Sie stellen die Entwicklungszusammenarbeit nicht nur vor große Herausforderungen, sondern erhöhen angesichts geringer Entwicklungserfolge in den letzten etwa 40 Jahren trotz erheblicher finanzieller Zuwendungen den Erfolgsdruck und Legitimationszwang der Entwicklungszusammenarbeit generell.

Die Zusammenarbeit und die Beziehungen mit Afrika dürfen aber nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Entwicklungszusammenarbeit gesehen werden. Zahlreiche Politikfelder wie die Außen- und Sicherheitspolitik, die Wirtschafts- und Handelspolitik, die Umwelt- und Innenpolitik (Migration) beschäftigen sich mit unserem Nachbarkontinent aus unterschiedlichen Perspektiven. Hinzu kommen zahlreiche Akteure, Verbände und kirchliche Organisationen mit verschiedenen Motiven und Interessen.



Handschlag in Sambia: weit entfernt vom globalisierten Markt.

Die Herausforderungen Afrikas übersteigen die finanziellen Interventionsmöglichkeiten der Entwicklungspolitik sowohl nationaler wie multilateraler Geber. Innovative Konzepte und Ideen sind deshalb gefragt, um die unabdingbar notwendige Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika zu verbessern, ohne sich auf diese zu beschränken.

Ausgangspunkt der Bemühungen muss deshalb eine Partnerschaft mit Afrika sein, die – wie dies die deutsche Bundeskanzlerin beim 24. Frankreich-Afrika-Gipfel im Februar 2007 in Cannes sagte – über die klassische Entwicklungszusammenarbeit hinausgeht, so dass Entwicklungshilfe tatsächlich bei den Menschen ankommt.

PROBLEMSKIZZE UND ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN

Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Länder Afrikas sind sehr unterschiedlich. Die endogen wie exogen verursachten Probleme sind meist sehr komplex und interdependent. Hier sollen nur die wichtigsten Herausforderungen kurz skizziert werden, um anschließend entsprechende Handlungsempfehlungen an die (Entwicklungs-) Politik zu formulieren.

ARMUT

Von den über 700 Millionen Afrikanern leben mehr als 50 % in absoluter Armut, also von weniger als einem US-Dollar pro Tag. Das erste der acht Millenniums-entwicklungsziele will deshalb die absolute Armut bis 2015 halbieren. Während dieses Ziel aufgrund großer Erfolge vor allem in China und Indien – global betrachtet – erreicht wird, ist Afrika die einzige Region, in der die Armut in den letzten zwei Dekaden sogar zugenommen hat. Aufgrund der zunehmenden Armut haben sich die Indikatoren für menschliche Entwicklung (HDI) wie Lebenserwartung, Kinder- und Müttersterblichkeit, Zugang zu sauberem Wasser, zu Gesundheitseinrichtungen und Schulen für Afrika insgesamt kaum verbessert, zum Teil deutlich verschlechtert.

Armut ist und bleibt die zentrale Herausforderung Afrikas, die von afrikanischen Regierungen und der internationalen Staatengemeinschaft noch intensiver angegangen werden muss. Trotz der Zuwendungen von bisher über 400 Mrd. Euro ist es nicht gelungen, die Armutsspirale in Afrika zu durchbrechen.

GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG

Gute Regierungsführung (good governance) ist unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung. Dabei meint Good Governance als das zentrale Paradigma der Entwicklungszusammenarbeit nicht einfach nur verantwortungsvolle Regierungsführung und setzt einen funktionierenden,

starken Staat voraus, sondern schließt auch die aktive Rolle der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors mit ein. Es verweist auf die Qualität politischer Prozesse und Organe der Entscheidungsfindung, d. h. auf (partizipative) Legitimation. Es beinhaltet die verantwortungsvolle Verwaltung, Bereitstellung und Sicherung öffentlicher Güter und Dienstleistungen für alle Bevölkerungsteile und -schichten und zielt somit auf nachhaltige Entwicklung und auf das langfristige Wohl der gesamten Bevölkerung.

In vielen Ländern in Afrika stellen Governance-Defizite bereits erreichte Entwicklungserfolge in Frage und verhindern potentielle weitere Entwicklung. Dabei müssen – trotz teilweise gemeinsamer Phänomene – drei Typen von Staaten mit Governance-Defiziten unterschieden werden, nämlich

- so genannte fragile Staaten, die über kein legitimes Gewaltmonopol verfügen, deren politische Machtkontrolle defizitär ist und deren Rechtswesen kaum existiert; deren Sicherheitsapparate weder für Frieden nach innen wie außen zu sorgen in der Lage sind und nationale Ressourcen nicht sichern können; die keine zentralen staatlichen Dienstleistungen anbieten können in den Bereichen Infrastruktur, soziale Grundsicherung, Bildungsangebote, Gesundheitsversorgung, Umweltschutz; deren politische Institutionen und Gewaltenteilung nicht funktionieren; die keine oder nur bedingt unabhängige rechtsstaatliche Institutionen und Verfahren kennen und Korruption nicht zu bekämpfen in der Lage sind.

- Staaten bzw. Regierungen, die aufgrund fehlender Ressourcen und/oder Institutionen eine nur bedingte politische, wirtschaftliche und soziale Gestaltungsfähigkeit besitzen. Der ausdrückliche Wille zu entwicklungsorientiertem Handeln ist gegeben, scheitert jedoch an den strukturellen Voraussetzungen zur Umsetzung.

■ Regierungen, denen der Wille zur entwicklungsorientierten Gestaltung fehlt. Armutsbekämpfung und Entwicklungsorientierung spielen hier gegenüber dem Machterhalt bzw. der -verlängerung eine (sofern überhaupt vorhanden) nur untergeordnete Bedeutung, Menschenrechtsverletzungen und Repressionen gerade an Minderheiten herrschen vor, Korruption und Intransparenz sind an der Tagesordnung. Nicht selten handelt es sich hier um Länder in Post-Konflikt-Situationen. Wegen ihrer „bad governance“ werden diese in der Entwicklungszusammenarbeit als schwierige Partner bezeichnet.

Aufgrund des zentralen Stellenwertes von Good Governance für die Entwicklung und wegen der zum Teil gravierenden Governance-Defizite in Afrika (die meisten der so genannten fragilen Staaten oder so genannten schwierigen Partnerländer befinden sich in Afrika) muss diesem Problem besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Verschärft wird dieses Problem durch das (politisch) unkonditionierte Engagement vor allem Chinas gerade in diesen Ländern Afrikas.

HANDEL UND WIRTSCHAFT

Während etwa 12 % der Weltbevölkerung in Afrika leben, liegt der Anteil Afrikas am Welthandel bei derzeit weniger als 2 %. Seit 1980 ist der Anteil Afrikas an den Exporten von 5,9 % und bei den Importen von 4,6 % auf jeweils etwa 2 % gesunken. Dabei be-

sitzt Afrika zahlreiche, strategisch wichtige Rohstoffe wie reiche Ölfelder in Angola, Nigeria, Sudan Tschad, Kamerun et al., einen Großteil des weltweiten Goldes (und Diamanten), 90 % des Kobalts, 50 % der Phosphate, 40 % des Platins und eine große Menge des derzeit stark nachgefragten Urans.

Diese Ressourcen und die Handelsstrukturen sind aber auch Teil des Problems. Da die industrielle Infrastruktur meist kaum diversifiziert ist, werden mineralische Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte (häufig zu niedrigen Weltmarktpreisen) exportiert, Investitionsgüter aber (meist teuer) importiert, was zu strukturellen Außenhandelsdefiziten führt. Hinzu kommt, dass der Erlös aus dem Verkauf von mineralischen Ressourcen wie Öl, Gold und Diamanten häufig intransparent gehandhabt wird und nur bedingt der Bevölkerung zugute kommt. Der „Wohlstand“ in Afrika und innerhalb afrikanischer Länder ist sehr ungleich verteilt. Das Pro-Kopf-Einkommen in der DR Kongo liegt bei 92 US\$, in Botswana bei über 3.000 US\$. Der GINI-Index, der die ungleiche Verteilung von Vermögen innerhalb eines Landes misst, weist seit Jahren für Namibia die größte Ungleichheit auf.

Marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen mit Investitionsanreizen sowie notwendige Rechtssicherheit für in- wie ausländische Investitionen sind nicht in

Handel in Malawi: Ohne die kleinen Marktstände wären viele Familien nicht existenzfähig



allen Ländern Afrikas gegeben. Enteignungen (Sozialisierung von Privatvermögen zur anschließenden – politisch inkorrekten – Weitergabe an die politische Klientel) und Preiskontrollen führen nicht selten zu Kapitalflucht und Desinvestition.

In vielen afrikanischen Ländern ist zwar ein positives Wirtschaftswachstum festzustellen. Insgesamt geht der IWF für Afrika für 2005 von etwa 5 % aus, mit Spitzenwerten in Mosambik mit 9 % und Angola mit 14 %. Bei der Detailanalyse muss aber festgestellt werden, dass dieses Wachstum nicht hoch, breit und nachhaltig genug ist und keine hinreichende Armutswirkung entfaltet.

Die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) scheinen – von Ländern wie Nigeria, Sudan und neuerdings Angola abgesehen – fast völlig an Afrika vorbeizugehen. Afrika erhielt 2004 mit 10 Mrd. US\$ die geringsten FDI's weltweit (siehe UNCTAD), wobei 2004 mehr als 50 % nach Nigeria und in den Sudan flossen. Ohne die Investitionen Chinas in ressourcenreiche afrikanische Länder würde die Bilanz noch schlechter ausfallen. Bemerkenswert sind allerdings die zunehmenden südafrikanischen Direktinvestitionen in andere afrikanische Länder.

Afrika erhält den Großteil internationaler offizieller Entwicklungshilfe (ODA). 33 % der ODA flossen 2004 nach Sub-Sahara Afrika (25,5 Mrd. US\$), was in vielen Fällen zu massiven Abhängigkeiten nationaler Haushalte von diesen ausländischen Kapitalzuflüssen und Nettozahlungen führt. In einigen Ländern liegt der ODA-Anteil am BIP bei über 30 % (Burundi 39 %), der ODA-Anteil an den öffentlichen Haushalten z.T. über 50 %. Während der Pro-Kopf-Betrag an ODA in allen Entwicklungsregionen bei 15 US\$ liegt (2004), ist er in Afrika bei 36 US\$ (2004). Damit stellt die ODA (mit 55 %) die wichtigste externe Finanzquelle dar.

Da die ODA nicht nur aus (nicht-rückzahlbaren) Zuschüssen, sondern auch aus Krediten besteht, führt(e) dies zu hohen Schuldenlasten. Die Mehrzahl der Gläubigerländer der Weltbank und des IWF liegen in Afrika. Die Auslandsverschuldung beeinträchtigt aufgrund des zu leistenden Schuldendienstes notwendige Investitionen in Infrastruktur und Humankapital und somit das Wirtschaftswachstum. Zwar fanden in den letzten Jahren zahlreiche Entschuldungsinitiativen statt, von denen Afrika weit überproportional profitierte. 25 von 29 Ländern haben sich für die HIPC-



Bildung in Afrika: Seminare von Frauen für Frauen stärken die Gesellschaft.

Initiative qualifiziert, 19 Länder (davon 15 aus Afrika südlich der Sahara) haben die Initiative inzwischen abgeschlossen und erhielten umfassende Schuldenerleichterung. HIPC-Länder (überwiegend aus Afrika) können nunmehr auch von dem beim G8 Gipfel 2005 in Gleneagles beschlossenen multilateralen Schuldenerlass (MDRI) profitieren. Da die Ursachen für die hohe Auslandsverschuldung oft strukturelle Probleme und exogene Schocks sind, werden viele dieser Länder jedoch bald wieder überschuldet sein.

Geographische Determinanten wie Marktferne und Marktbegrenzung der zahlreichen afrikanischen Klein- und Binnenstaaten, in Verbindung mit meist unzureichender Infrastruktur führen zu hohen Transportkosten und Wettbewerbsnachteilen. Handelsregime wie die Abkommen von Lomé oder Cotonou haben diese Situation bisher kaum signifikant zugunsten afrikanischer Märkte verändert. Es bleibt zu hoffen, dass die Economic Partnership Agreements (EPA) zwischen der EU und AKP-Ländern, die derzeit ausgehandelt und ab 2008 stufenweise umgesetzt werden sollen, zu verbesserten Handelsbedingungen für afrikanische Länder führen.

HIV/AIDS

Etwa 30 Millionen Menschen in Afrika (6 % der Bevölkerung Afrikas) sind HIV-infiziert oder an Aids erkrankt, das sind 60 % aller (weltweit) HIV-Infizierten. Die Zahl der Aids-Waisen in Afrika liegt derzeit bei etwa 12 Millionen und wird laut UNICEF in den nächsten drei Jahren auf 20 Millionen ansteigen. Bei der HIV/Aids-Pandemie sind allerdings große regionale und lokale Unterschiede festzustellen, wobei die Region Südliches Afrika mit 16 % deutlich stärker betroffen ist als Ostafrika (6 %) oder West- und Zentralafrika (4,5 %).

Die Pandemie führt zu sozioökonomischen Folgen auf der Mikroebene mit dem Zusammenbruch sozialer Strukturen, der Verarmung privater Haushalte, des Verlusts von qualifizierten Arbeitskräften für den Privatsektor wie den öffentlichen Sektor (vor allem Lehrer) und auf der Makroebene zu geringerem Wirtschaftswachstum, demographischen Veränderungen (verringerte Lebenserwartung), geringeren Steuereinnahmen, Umleitung von Mitteln in das Gesundheitswesen (statt in den investiven Bereich), sinkenden Konsum- und Sparraten.

KONFLIKTE UND MIGRATION

Die Mehrzahl aller kriegerischen Konflikte (derzeit elf) findet in Afrika statt. Sie betreffen über 150 Millionen Menschen. Die Konflikte finden meist in (politisch wie ökonomisch) ohnehin fragilen Staaten statt, deren Regierungen nur selten entwicklungsorientiertes Handeln nachgewiesen werden kann und die für die Entwicklungszusammenarbeit als schwierige Partner gelten.

Die Konflikte führen nicht nur zur Zerstörung menschlichen Lebens und produzieren Millionen von Flüchtlingen – so ist zwar der Anteil Afrikas an weltweiten Flüchtlingen zwischen 1994 und 1998 von 47 % auf 28 % gesunken, ist mit derzeit circa 20 % (gemessen an 12 % der Weltbevölkerung) dennoch überproportional hoch. Die Konflikte führen aber auch zu zerstörter Infrastruktur, Kapitalflucht, Investitionsrückgang, negativem Wirtschaftswachstum. Die Konflikte absorbieren hohe Summen der internationalen Staatengemeinschaft für verschiedene Formen der Intervention (militärisch, zivil, humanitär). Allein die VN-Intervention in der DR Kongo (Monuc) kostet pro Jahr etwa eine Mrd. US\$.

KORRUPTION

Auch wenn der Corruption Perception Index (CPI) von Transparency International (TI) neben vielen afrikanischen auch nicht-afrikanische Länder auf Spitzenplätzen führt, wird Korruption dennoch als besonders in Afrika weit verbreitetes und gravierendes Phänomen wahrgenommen. Gerade in Ländern mit hohem Vorkommen an natürlichen Ressourcen fließt der Erlös nicht (nur) in staatliche Kassen. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen ohne transparente Verfahren führen zu Vertrauensverlust in Regierungen. Auf Mikro- wie auf Makroebene führt Korruption zu Rechtsunsicherheit und Steuerausfällen und verringert oder verhindert notwendige Investitionen.

KLIMAVERÄNDERUNGEN UND DESERTIFIKATION

Afrika erlebt die Auswirkungen des derzeitigen Klimawandels in massiver Weise, ohne diesen durch seinen Energieverbrauch in dieser Form zu verursachen und vor allem, ohne darauf vorbereitet zu sein. Zwar wurden Hitze und Dürre, Fluten und Wirbelstürme seit jeher quasi als natürliche Erscheinungen in vielen afrikanischen Ländern wahrgenommen. Seit einigen Jahren vermehren und intensivieren sich aber die Klimakatastrophen mit immer verheerenderen Folgen. Überflutungen zerstören die Leben von Menschen und Tieren, vernichten Anbauflächen, Ernten und damit die Lebensgrundlagen, zerstören wichtige Infrastruktur (Straßen und Wege, Energieversorgung) und oft mühsam erarbeitete Entwicklungsfortschritte.

Die zunehmende Desertifikation großer Gebiete in Afrika, die Ausweitung bestehender und das Entstehen neuer Wüstenregionen, vernichten landwirtschaftliche Anbauflächen und Weidegebiete, führen zu Migrationsbewegungen und häufig zu Konflikten um die natürlichen Ressourcen von Land und Wasser. Derzeit hat ohnehin nur etwa die Hälfte der Menschen in Afrika Zugang zu sauberem Trinkwasser. Aufgrund der Erderwärmung und Wüstenbildung wird diese Zahl noch sinken, mit verheerenden Auswirkungen auf die Menschen in Afrika.

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND FORDERUNGEN AN DIE (ENTWICKLUNGS-) POLITIK

Diese kurze und nicht vollständige Problemskizze stellt die internationale Staatengemeinschaft und ihre Mitglieder vor große Herausforderungen. Schließlich handelt es sich dabei nicht nur um isolierte Probleme eines Kontinents, sondern um Probleme, die die Staatengemeinschaft und die Menschheit betreffen. Aufgrund der Gravität und Komplexität der Probleme sind damit nicht nur einzelne Partnerländer, sondern ist auch die Entwicklungszusammenarbeit als Politikfeld überfordert. Eine Neubesinnung auf und Neubestimmung des Verhältnisses zu unserem Nachbarkontinent Afrika sind daher erforderlich.

GEMEINSAME WERTE ZUR GRUNDLAGE EINER INTERESSENPARTNERSCHAFT MACHEN

„Die Menschlichkeit der Welt wird sich am Schicksal Afrikas entscheiden“. Diese Aussage von Bundespräsident Horst Köhler in seiner Antrittsrede 2004 war nicht nur ein Appell an die Humanität der Staatengemeinschaft, sondern verweist auf die ethische Dimension im Umgang mit Afrika und seinen Menschen. Ausgangspunkt der Entwicklungszusammenarbeit muss die Würde des Menschen sein. Daraus leitet sich eine moralische (und rational begründbare) Verpflichtung zur aktiven Solidarität mit den Ärmsten dieser Welt ab. Deshalb muss das Verhältnis zu unserem Nachbarkontinent von Achtung vor der Würde der Menschen, gegenseitigem Respekt und symmetrischer Partnerschaft geprägt sein. Dies schließt eine Reduzierung der Partner auf ihre Rolle als Geber und Nehmer aus und führt zu einer Beziehung auf gleicher Augenhöhe.

Der Schutz der Menschenwürde und die Förderung universal gültiger Menschenrechte (als deren rechtliche Kodifizierung) müssen die Grundlage einer Wertepartnerschaft mit Afrika darstellen, die ergänzt werden muss um die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, die sich ja auch in der Charta der Afrikanischen Union finden.

Diese Wertepartnerschaft stellt eine solide Grundlage für eine ehrliche Partnerschaft dar, in der gemeinsame und gegenseitige Interessen verfolgt werden. Afrika ist nicht einfach Ort einer Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern ein Kontinent, an dem und an dessen Wohlfahrt die Staatengemeinschaft vitale Interessen besitzt. Das Verfolgen von Interessen darf allerdings die Werte der Partnerschaft nicht unterminieren.

Das ökologische Interesse der Bestandhaltung des afrikanischen Regenwaldes, von dessen Reichtum an Flora und Fauna, ist von zunehmender globaler Bedeutung. Der zunehmende Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß in Afrika, die Erderwärmung und die Veränderung des globalen Klimas rücken Afrika in das Interesse der Geopolitik. Darüber hinaus ist Deutschland als ressourcenarmes Land stark auf den Import gerade mineralischer Ressourcen aus Afrika angewiesen. Als Exportmarkt ist Afrika für zahlreiche deutsche Produkte von großem Interesse. Gemeinsame und gegenseitige wirtschaftliche Interessen sichern dabei Arbeitsplätze auf beiden Seiten.

Spätestens seit dem 11. September 2001 rücken fragile Staaten als Rückzugsräume für Terroristen und nicht-staatliche Gewaltakteure ins Blickfeld sicherheitspolitischer Überlegungen. Fragile Staaten sind potentiell konfliktträchtig und stellen darüber hinaus ein Risiko für benachbarte Länder und die Region dar. Neben dem humanitären Interesse an Frieden und Sicherheit für die Menschen in Afrika hat Deutschland ein sicherheitspolitisches Interesse an stabilen politischen Verhältnissen, damit keine sicherheitsrelevanten Gefahren und globalen Bedrohungen von Afrika ausgehen. Zu Flüchtlingsbewegungen haben nicht nur die zahlreichen Konflikte in Afrika geführt. Auch die schlechte wirtschaftliche Situation führt zu Migrationen, häufig in Richtung Europa. Es gibt somit auch ein innenpolitisches Interesse daran, dass die Menschen in Afrika in Frieden und Wohlstand leben.

Die jüngsten Debatten um Bundeswehreinätze in Afghanistan oder im Kongo haben gezeigt, dass Deutschland seine internationale Verantwortung auch außerhalb Europas zu übernehmen bereit ist und sich an der internationalen Friedenssicherung im eigenen Interesse beteiligt.

Die Orientierung an universal gültigen Werten und gemeinsamen, gegenseitigen Interessen müssen deshalb Bezugspunkte politischer Zieldefinition im Umgang mit Afrika darstellen.

AFRIKANISCHE EIGENVERANTWORTUNG EINFORDERN UND REFORMINITIATIVEN STÄRKEN

Alle wohlmeinenden Vorschläge zur Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika können nur dann ihre Wirkung erzielen, wenn sie an die zunehmend sichtbaren Reformanstrengungen einzelner afrikanischer Staaten und Akteure anknüpfen.

In der Neugründung der Afrikanischen Union (AU) 2002 und der Initiative zu einer Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) 2001 haben es afrikanische Staaten unternommen, die weltweiten Standards von Demokratie und Rechtsstaat als normative Zielperspektiven zu verfolgen. Sie sind nicht nur zwei prominente Beispiele und Ausdruck zunehmender Eigenverantwortung Afrikas. Sie sind zugleich Evidenz einer lebendigen Partnerschaft, die von gemeinsamen Werten und Interessen, von gegenseitigem Respekt und von dem Vertrauen in die Leistungsfähigkeit afrikanischer Reformbemühungen geleitet ist.

Die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung zur Lösung afrikanischer Probleme verdient moralische wie finanzielle Unterstützung und intensive Kooperation. Deshalb sollen vorrangig Länder unterstützt werden, in denen positive Anstrengungen sichtbar sind. Eine Reformpartnerschaft verdient allerdings nur dann ihren Namen, wenn diese Partnerschaft konstruktiv begleitet wird, wenn Probleme und Rückschläge offen angesprochen werden können und gemeinsam Lösungen erarbeitet werden. Deshalb ist das konsequente Einfordern der von der Afrikanischen Union selbst formulierten Grundsätze wie Demokratie, Rechtsstaat und Good Governance auch als Ausdruck gelebter Partnerschaft zu verstehen.

RECHTSSTAATLICHKEIT UND GOOD GOVERNANCE ZUM AUSGANGSPUNKT MACHEN

Rechtsstaatliche Normen und Institutionen haben nicht nur eine herausragende Bedeutung für den Aufbau und Bestand von demokratischen Gemeinwesen; ohne sie ist nachhaltige Entwicklung nicht möglich. Rechtsstaatliche Strukturen sind zudem Garanten universal gültiger Menschenrechte und Freiheiten, sowie Motoren und Katalysatoren für nachhaltige Entwicklung. Sie zu fördern muss prioritäres Ziel entwicklungspolitischer Bemühungen sein.

Die zentrale Rolle und Relevanz von Good Governance für nachhaltige Entwicklung macht ein erhöhtes Engagement in diesem Bereich unabdingbar. Der Schwerpunkt muss dabei beim Aufbau funktionierender staatlicher und demokratischer Strukturen und eines intakten Mehrparteiensystems liegen, um entwicklungsorientiertes Regierungshandeln und aktiven Parlamentarismus zu fördern, die Unabhängigkeit der Judikative und Rechtssicherheit für Personen und Investoren sowie die Partizipation der Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Die bewährten Instrumente der deutschen Entwicklungspolitik, insbesondere die wertgebundene Aus- und Fortbildung afrikanischer Eliten und die Förderung von deren entwicklungsorientiertem Handeln, müssen hier gezielt zum Einsatz kommen. Allerdings ist eine klare Arbeitsteilung zwischen den Organisationen notwendig, um Synergien zu schaffen.

Die politischen Stiftungen haben als Pioniere im Bereich Good Governance in über 40 Jahren ein hohes Maß an Erfahrungen gesammelt und ein umfassendes Netz an politischen Kontakten weltweit aufgebaut. Da die Relevanz von Good Governance gerade in den letzten Jahren von allen Akteuren erkannt wurde, muss der Rolle der politischen Stiftungen Rechnung getragen werden. Ihr besonderer Beitrag besteht in solchen Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit, die Werteorientierung und Normen zum Inhalt haben. Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit muss verstärkt durch die Arbeit der politischen Stiftungen ergänzt werden. Deshalb wäre es nur konsequent, neben der technischen und finanziellen Zusammenarbeit (TZ und FZ) die politische Zusammenarbeit (PZ) zu einer eigenständigen Säule der deutschen Zusammenarbeit mit adäquater Mittelausstattung auszubauen.

FRIEDENSSICHERNDE MAßNAHMEN UNTERSTÜTZEN UND SICHERHEIT SCHAFFEN

Frieden und Sicherheit sind unabdingbare Voraussetzungen für Entwicklung. Konfliktmanagement und Krisenprävention sind deshalb elementare Interventionsbereiche. Partikularinteressen einzelner Staaten dürfen nicht zu einem Minimalkonsens führen, der die Integrität der deutschen Entwicklungspolitik kompromittieren würde. Da universal gültige Menschenrechte deren Ausgangspunkt sind, dürfen diese auch nicht gegen einzelne Interessen abgewogen werden.

Afrikanische Konflikte und Kriege müssen primär durch afrikanische Friedensinitiativen eingedämmt und beendet werden. Der 2004 gegründete Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union und der Aufbau einer afrikanischen Friedenstruppe bis 2010 verdienen deutliche Unterstützung, um sie in die Lage zu versetzen, selbst effektiv (subsidiär) zu agieren, ebenso Initiativen zum Aufbau eines Frühwarnsystems, zur Eindämmung des Waffenhandels sowie afrikanische (und internationale) Friedenseinsätze.

MARKTWIRTSCHAFT VERWIRKLICHEN UND HANDEL INTENSIVIEREN

Öffentliche Mittel allein reichen nicht, um die Probleme Afrikas zu lösen, dessen Armut und armutsrelevanten Phänomene zu verringern. Sie sollten zunehmend dafür investiert werden, um neben den politischen auch die ökonomischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Die Schaffung sozialer und marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen befördert privatwirtschaftliches Engagement sowie nationale und ausländische Direktinvestitionen. Der Zugang zu internationalen Märkten, besonders den Agrarmärkten, muss deshalb erleichtert und faire Handelsbedingungen für afrikanische Produkte und Dienstleistungen müssen geschaffen werden. Zusammen mit dem Abbau von Subventionen und Zöllen würde die öffentliche Entwicklungshilfe wesentlich stärkere Entwicklungsimpulse geben.

Entschuldungsinitiativen, welche mit der Behebung der Ursachen erneuter Verschuldung einhergehen, können Staatshaushalte entlasten und Mittel zur Förderung der Wirtschaft und des Handels freisetzen.

Partnerschaften des öffentlichen und privaten Bereichs (PPP) stellen Anreize für privatwirtschaftliches Engagement zur Verfügung. Dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen, bildet sich eine gesellschaftliche Mittelschicht aus, die informellen Bereiche der Wirt-



Letztes Antreten in Kinshasa: Admiral Henning Bess, Kommandeur des deutschen Eufor-Kontingents, verabschiedet die deutschen Einheiten.

schaft transformieren sich zunehmend zu formellen Wirtschaftsformen und zusätzliche Steuereinnahmen werden generiert.

Verbesserte Wirtschaftstätigkeit und zunehmendes Wirtschaftswachstum in Afrika selbst können Armut wohl am nachhaltigsten bekämpfen. Ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft der afrikanischen Partner ist hierzu jedoch unabdingbare Voraussetzung, ebenso wie Transparenz in allen Bereichen und Ebenen, vor allem im Rohstoffbereich (vgl. die Extractive Industry Transparency Initiative – EITI).

LEBENS- UND ÜBERLEBENSCHANCEN VERBESSERN: BILDUNG UND GESUNDHEIT

Qualifizierte Demokratien setzen gebildete und informierte Bürger voraus. Eine florierende Wirtschaft benötigt qualifizierte und gut ausgebildete (und gesunde) Fachkräfte. Der Ausbau der Bereiche Grund-, Aus- und Weiterbildung ist gerade deshalb von zentraler Bedeutung. Faire Partnerschaft muss aber auch den Wissens- und Know-How-Transfer durch eine verbesserte Kooperation mit afrikanischen Hochschulen insbesondere bei der Ausbildung von Experten und Eliten intensivieren. Die HIV/Aids-Pandemie und andere, auch armutsbedingte Krankheiten stellen ein gravierendes humanitäres, gesellschaftliches und volkswirtschaftliches Problem dar. Gerade in den Gesundheitssektor muss deshalb mehr investiert werden, wobei sich hier vor allem multilaterale Initiativen und globale Fonds anbieten.

ZUKUNFT SICHERN: UMWELT-, KLIMA- UND RESSOURCENSCHUTZ

Der schonende Abbau und verantwortungsvolle Umgang mit natürlichen Ressourcen in Afrika sind in Afrikas eigenem Interesse, von globaler Bedeutung und seit vielen Jahren Schwerpunkte deutscher Entwicklungspolitik. Der Schutz des tropischen Regenwaldes im Kongobecken und andere, nicht nur für Afrika, sondern darüber hinaus global wichtige Initiativen müssen weiter unterstützt werden. Dies macht die Fortentwicklung und den Einsatz erneuerbarer Energien, insbesondere der Solarenergie, zur zukunftsweisenden Investition in Afrika. Die Bekämpfung und Eindämmung der Wüstenbildung, Anstrengungen für ein vernünftiges und grenzüberschreitendes Wassermanagement sind nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern zunehmend sicherheitsrelevant. Schließlich befürchten Experten, dass die Kriege der Zukunft nicht um Öl, sondern um Wasser geführt werden, vor allem in Afrika.

ENTWICKLUNGSINITIATIVEN HARMONISIEREN UND POLITIK KOHÄRENTER GESTALTEN

Die Harmonisierung des Engagements möglichst aller Geber (einschließlich multilateraler Organisationen) und eine vernünftige Arbeitsteilung würden die Effektivität des Mitteleinsatzes wesentlich erhöhen und zu besseren Ergebnissen führen. Auch der Einsatz der Instrumente und Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit muss zwischen den Gebern besser abgestimmt werden (joint donor approach), komplementär und zugleich differenziert und maßgeschneidert sein.

Die Millenniumserklärung vom September 2000 und die Millenniumsentwicklungsziele, bei denen sich 189 Staaten acht ehrgeizige Ziele gesteckt haben, waren Meilensteine auf dem Weg zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele, um globaler Probleme zu bewältigen. Die internationalen Konferenzen von Rom 2003 zur Geberharmonisierung und von Paris 2005 zu mehr Effektivität in der Entwicklungspolitik konnten einen breiten Konsens in der Gebergemeinschaft herstellen. Um die Herausforderungen Afrikas, deren globale Dimension immer evidenter wird, effektiv anzugehen, muss die bisher erreichte Politikkohärenz aber weitergehen. Entwicklungszusammenarbeit in Afrika bleibt an vielen Orten wirkungslos, wenn auswärtige Partikularinteressen (wie z.B. Chinas im Sudan) die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen von afrikanischen Ländern negativ beeinflussen und Völkermord billigend in Kauf nehmen. Das Insistieren auf Good Governance als neuem Paradigma der

(westlichen) Entwicklungspolitik wird zur Farce, wenn es nicht als universal gültiges Leitbild von allen Staaten anerkannt wird. Deshalb muss Good Global Governance von beiden Entwicklungspartnern kohärent und konsequent eingefordert werden.

Darüber hinaus muss Politikkohärenz in der Partnerschaft mit afrikanischen Ländern in Deutschland hergestellt werden. Institutionelle Eigeninteressen einzelner Ressorts, persönliche Motive und schwer nachvollziehbare Zuständigkeiten führen zu inkonsistentem Auftreten Deutschlands in Afrika. Konvergierende Ziele und Strategien über alle Ressorts hinweg (ein nationaler Aktionsplan für Afrika) und klare Zuständigkeiten (ein Afrikabeauftragter mit Richtlinienkompetenz und „robustem“ Mandat) sind Voraussetzung für ein konsistentes und effektives Auftreten Deutschlands im Rahmen multilateraler Organisationen, aber auch unseren afrikanischen Partnern gegenüber.

SEKTORALE, REGIONALE UND ORGANISATORISCHE KONZENTRATION VORANTREIBEN

Die derzeitige Mittelsituation sowie die Einsicht in die begrenzten Erfolgsaussichten sollten nicht einfach nur zu Bescheidenheit im Auftreten der Entwicklungspolitik führen. Sie machen eine stärkere Schwerpunktsetzung für die Zusammenarbeit mit Afrika unumgänglich. Um insbesondere die skizzierten Probleme effektiv angehen zu können, ist es vor allem erforderlich, sich auf Schlüsselsektoren zu konzentrieren. Priorität genießen sollten dabei die Bereiche Good Governance, Wirtschaft und Handel, Bildung und Gesundheit, Frieden und Sicherheit und Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz.

Für die internationale Staatengemeinschaft ist es unumgänglich, sich in allen afrikanischen Ländern sichtbar zu engagieren. Die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit hingegen muss sich in ihrem Engagement konzentrieren auf einige Länder in Afrika, um die Erfolgsaussichten zu erhöhen. Kriterien sollten dabei Bedürftigkeit (Solidarität), politische Bedeutung (Signifikanz), wirtschaftliche Relevanz (deutsche Interessen) und die Eignung als Partner sein. Die politische Bedeutung hängt dabei vor allem von der Bevölkerungsgröße, der internationalen Präsenz und der Fähigkeit zur Machtprojektion ab. Die wirtschaftliche Bedeutung wird insbesondere determiniert durch die Größe des Marktes, die wirtschaftliche Dynamik, gerade des Außenhandels sowie die Ausstattung mit Rohstoffen. Bei der Eignung als Partner sind die Erfolgsaussichten bei reformorientierten Ländern und so genannten „good performers“ sicherlich größer. Schwierige Partner und Länder mit „bad gover-

nance“ können dabei besondere Herausforderungen für nicht-staatliche Organisationen wie politische Stiftungen darstellen, deren Interventionsmöglichkeiten flexibler sind und nicht den bilateral vereinbarten Sektoren unterliegen.

In Afrika sind zahlreiche multilaterale Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Dabei kommt es nicht selten zum Aufbau von doppelten Strukturen, ähnlichen Programmen, Doppelungen aufgrund fehlender Absprachen, Synergiedefiziten etc. Deutschland beteiligt sich insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen an zahlreichen dieser multilateralen Institutionen, ohne dafür adäquaten politischen Einfluss nehmen zu können.

Die entwicklungspolitische Relevanz und Effizienz dieser Institutionen sollte überprüft werden, eine Konzentration des deutschen Engagements auf wichtige und effektive Institutionen ist angebracht. Da die Effektivität der multilateralen Zusammenarbeit „zu wünschen übrig lässt“ – wie der aktuelle Prüfbericht der OECD/DAC über die deutsche Entwicklungszusammenarbeit feststellt – und diese derzeit dennoch über 40 % der deutschen ODA erhalten (obwohl der Haushaltsausschuss des Bundestages die Obergrenze von 30 % für Beiträge des BMZ für angemessen hält), ist eine entsprechende Rückführung und Umschichtung zugunsten der bilateralen Zusammenarbeit in angemessenem Umfang wichtig.

Die staatlichen wie nichtstaatlichen Organisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit können mit ihrem pluralistischen Ansatz auf allen Ebenen der Kooperation flexibel und konstruktiv intervenieren. Eine stärkere Koordinierung von deren Engagement und eine gezielte Profilbildung würde diese Stärke noch sichtbarer machen können.

DEN MITTELEINSATZ EFFEKTIVER GESTALTEN

Angeichts begrenzter Mittel ist eine höhere Effektivität der internationalen Entwicklungszusammenarbeit dringend erforderlich. Dies mahnt nicht nur der Bundesrechnungshof in seinen Berichten zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit an, sondern dies wurde in zahlreichen internationalen Deklarationen gefordert, zuletzt und besonders prominent in der Paris Declaration on Aid Effectiveness von 2005. Doch selbst bei effizientem Einsatz der öffentlichen Mittel werden diese nicht in hinreichender Form zur Verfügung stehen, um die massiven Probleme Afrikas in den Griff zu bekommen. Zwar wird schon seit 1964 die Erhöhung der ODA auf 0,7 % des BNP gefordert und wurde im EU-Stufenplan vom Mai 2005 schließ-

lich als verbindliches Ziel für 2015 festgelegt. Doch auch wenn die alte und neue Bundesregierung die Erreichung von 0,7 % als Zielvorgabe offiziell formuliert haben, stellte und stellt deren Erfüllung eine große finanzielle Herausforderung für den Bundeshaushalt dar – selbst beim Einsatz innovativer Finanzierungsinstrumente.

Im Übrigen hat die Forderung nach einer massiven Erhöhung der ODA dazu geführt, dass immer mehr Wissenschaftler den Zusammenhang von Einsatz und Wirksamkeit der Mittel analysieren und hinterfragen. Schließlich haben verschiedene Initiativen in den letzten Jahren, vor allem die britische G8-Ratspräsidentschaft 2005, wichtige Akteure wie Jeffrey Sachs (als Berater des ehemaligen Generalsekretärs Kofi Annan) sowie medienwirksame Benefizkonzerte vielerorts den Eindruck erweckt, dass durch die bloße Erhöhung der Entwicklungshilfe die Probleme Afrikas gelöst werden können („viel hilft viel“). Der von Sachs geforderte „big push“ suggerierte zudem eine „big trap“, eine große und tragische Entwicklungsfalle, in die Afrika geraten ist und aus der man sie nur durch massive Unterstützung von außen (wie ein *deus ex machina*) befreien könne.

Neuere Studien kommen allerdings zu dem Ergebnis, dass es keinen linearen Input-Output-Nexus gibt und nicht mit jedem zusätzlichen Euro der entwicklungspolitische Ertrag in gleichem Maße zunimmt, ab einem gewissen ODA-Niveau der Effekt sogar negativ sein kann. Hinzu kommt, dass eine erhöhte ODA zu größeren Abhängigkeiten und zu langfristigen volkswirtschaftlichen Problemen führen kann. Die quantitative Erhöhung der ODA (Input) muss deshalb einhergehen mit einer qualitativen Verbesserung der Konzepte und Instrumente (Output). Ein noch effizienterer und gezielterer Einsatz öffentlicher Mittel ist daher dringend erforderlich, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Textentwurf

Dr. Dr. Anton Bösl (KAS-Auslandsbüro Namibia)

Gestaltung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Fotos

Frank Windeck (KAS-Medienprogramm Afrika)

© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung



www.kas.de

ISBN 978-3-939826-40-8